

# Der Steinarbeiter

## Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
**Leipzig**  
Seifner Straße 52, IV., Volkshaus  
Telephon 7505.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privatisten 40 Pfg. für die einpaltige  
Petitzelle oder deren Raum berechnet. - Inserate werden nur gegen  
vorherige Einfindung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7526 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 14.

Sonnabend, den 1. April 1916.

20. Jahrgang.

### Kriegsinvaliden und Unfallverletzte.

In den weitesten Kreisen der Bevölkerung wird allen Fragen, die mit der Fürsorge für die Kriegsinvaliden in Zusammenhang stehen, großes Interesse entgegengebracht. Das ist ganz natürlich, denn bei dem riesigen Umfang unserer Heeresorganisation gibt es kaum eine Familie in Deutschland, die nicht mit der Möglichkeit rechnen muß, daß einer ihrer Angehörigen ein Objekt der Kriegsverlettenfürsorge werden könnte. So erfreulich dieses Interesse ist, so dürfen wir uns doch nicht darüber täuschen, daß es nicht dauernd in gleichem Maße reger bleiben wird. Wenn der Krieg beendet, unser Wirtschaftsleben wieder auf den Friedensstand zurückgeführt ist, dann wird mit manchem Uberschwang, den die Kriegszeit hervorgerufen hat, auch das Interesse an den Opfern des Krieges erlahmen.

Das ist ein Vorgang, der in der Natur des Menschen begründet ist, und es hat keinen Zweck, Betrachtungen darüber anzustellen, ob er mit der Pflicht der Dankbarkeit zu vereinbaren ist, die das deutsche Volk den Opfern des Weltkrieges schuldet, die bei der Verteidigung des Vaterlandes ihre Gesundheit und ihre heiligen Glieder eingebüßt haben. Die Erfahrungen der Vergangenheit müssen uns eine Lehre für die Zukunft sein. Je pessimistischer wir den Dingen gegenübersehen, desto besser für die Kriegsinvaliden. Ihnen wäre nämlich ein recht schlechter Dienst erwiesen, wollten wir im Vertrauen auf den ewigen Dank, den ihnen das Vaterland schuldet, davon absehen, ihre Zukunft so zu sichern, daß sie auch für später unabhängig ist von der stärkeren oder schwächeren Regierung des Vaterlandes.

Bei der Fürsorge für die Kriegsinvaliden wird der Hauptnachdruck darauf gelegt, sie für die Wiedereinordnung in das Wirtschaftsleben fähig zu machen. Und das ist gut so. Der Pessimismus der Verletzten, als ob sie nunmehr unbrauchbar geworden wären für das Erwerbsleben, muß bekämpft werden, und in der Tat gelingt es in sehr vielen Fällen, auch Schwerverletzten die Fähigkeit wiederzugeben, nützbringende Arbeit zu leisten. Die Literatur über die Kriegsinvalidenfürsorge wächst lawinenartig an, kaum ist es noch möglich, das ganze Gebiet zu übersehen. Besondere Beachtung finden begreiflicherweise die Darstellungen über die Erfolge der Bemühungen, verletzte Glieder zu heilen und ihnen durch geeignete Arbeitshilfen und zweckmäßige Übungen die Gebrauchsfähigkeit wiederzugeben. Solche Darstellungen können Nutzen schaffen: sie sind, ebenso wie die von unserm Verband herausgegebenen Bildervorträge, geeignet, den Mut der Verletzten zu heben. In der gleichen Richtung wirken auch die vielerorts eingerichteten Werkstätten zur Gewöhnung der Verletzten an die Arbeit. Das sind Heilfaktoren von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Es darf aber nicht übersehen werden, daß auch eine gewisse Gefahr darin liegt, wenn die Ansichten der Verstümmelten für ihre künftige Weiterverwendungsfähigkeit in gar zu rosigem Farben gezeichnet werden. Gewöhnlich kommen nur die günstigsten Erfolge zur Darstellung. Vorläufig fehlt es noch an statistischen Überprüfungen, solche können auch aus begreiflichen Gründen zurzeit noch nicht aufgestellt werden. Aber wir fürchten, daß, wenn nach einigen Jahren ein Ueberblick über die Erfolge der Bemühungen, den Verstümmelten ihre Erwerbsfähigkeit wiederzugeben, möglich ist, das Ergebnis enttäuschend wird. So sehr die Veranlassungen zur Vorbereitung der Kriegsoffer für die Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit, die jede Förderung verdienen, zu begrüßen sind, so darf darüber ihre ausreichende Versorgung, die Sicherung ihrer Existenz, nicht vernachlässigt werden.

In den Schriften, die sich mit der Fürsorge für die Kriegsinvaliden beschäftigen, begegnen man immer wieder der vorwurfsvollen Klage, wonach sich die Objekte der Fürsorge zu sehr darauf verlassen, daß der Staat für sie sorgen müsse. Wenn sie auch bereit sind, die ihnen verbliebene Arbeitsfähigkeit auszunutzen, so erwarten sie doch eine gesicherte Anstellung im Dienste des Staates oder der Gemeinde. Diese Erwartung wird in der weitesten Mehrheit der Fälle getäuscht, denn die Zahl der verfügbaren Stellen reicht natürlich nicht aus, die Wünsche zu berücksichtigen. Aber die Sehnsucht der Verletzten, auf dem ferneren Lebensweg von dem mehr oder weniger großen Wohlwollen der Unternehmer abhängig zu werden, ist doch bezeichnend. Die meisten von ihnen sind bemüht, wenn ihnen Gelegenheit wurde, die Hoffnung auf eine Anstellung vergeblich ist, sich die erforderliche Handreichung anzueignen, um wieder einen Platz im Wirtschaftsleben auszufüllen; aber wir dürfen ruhig zugeben: nur verhältnismäßig wenige werden das Ziel erreichen, ein vollwertiger Arbeiter in dem seitherigen oder in dem neu-eröffneten Beruf zu werden.

Wenn man den pathetischen Versprechungen der Unternehmungsorganisationen trauen wollte, dann dürfte sich auch den nur beschränkt Erwerbsfähigen eine Existenz in den Betrieben bieten. Man wird aber gut tun, die Hoffnungen nicht zu hoch zu spannen. Schon jetzt liegen Wahrnehmungen vor, die darauf schließen lassen, daß viele Unternehmer die Beschäftigung von Kriegsinvaliden nur unter dem Gesichtspunkt des Vorteils betrachten, den das Unternehmen daraus zieht. Und wenn erst einige Jahre ins Land gegangen und das jetzt noch vorherrschende Gefühl der Dankbarkeit gegenüber den Opfern des Krieges erkalten ist, dann dürften sich die Verhältnisse für die Verletzten noch ungünstiger gestalten. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, neben der Förderung der Erwerbsfähigkeit der Kriegsinvaliden auch ihren Rentenbezügen die erforderliche Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Damit ist es keineswegs glänzend bestellt. Die Rente richtet sich nach dem Grade der Erwerbsfähigkeit und ist abhängig von dem Dienstgrad des Verletzten. Bei völliger Erwerbsunfähigkeit erhält der Feldwebel jährlich 900 Mk., der Sergeant 720 Mk., der Unteroffizier 600 Mk. und der Gemeine 540 Mk. Bei teilweiser Erwerbsfähigkeit wird nur ein entsprechender Teil dieser Sätze gezahlt, und die Rente kommt ganz in Fortfall, wenn die Erwerbsbeschränkung weniger als 10 Prozent beträgt. Zu jeder Rente kommt die Kriegszulage von monatlich 15 Mk., und schließlich wird noch die Vermögenszulage gewährt, die bei Verlust einer Hand, eines Fußes, der Sprache, des Gehörs auf beiden Ohren monatlich je 27 Mk. und bei Erblindung beider Augen 54 Mk. beträgt. Diese Rentenansprüche des Kriegsverletzten sind so gering, daß er schon deshalb gezwungen ist, einen Erwerb zu suchen, um sein Leben zu fristen. Die Höhe der Rente kann geändert werden, wenn in den Verhältnissen, die für die

Bewilligung maßgebend waren, eine wesentliche Veränderung eingetreten ist. In dieser Hinsicht ähneln die in Frage kommenden Bestimmungen denen der Unfallversicherung, und es ist sehr naheliegend, daß den Kriegsinvaliden die Aussicht droht, den Kampf um die Rente in ähnlicher Weise führen zu müssen, wie ihn so viele Unfallverletzte zu führen gezwungen sind.

Zunächst freilich wird man alles vermeiden, was so gedeutet werden könnte. Aber die Erfahrungen, die man in der Unfallversicherung gemacht hat, die Fortschritte, die hier in der Kunst, die Renten herabzubilden, erzielt wurden, müssen uns als Warnung dienen, gar zu vertrauenselig zu sein. Die preussische Regierung hat vor einiger Zeit einen Erlaß an die Oberpräsidenten herausgegeben, in dem auf die sogenannte *Rentenpsychose* hingewiesen wird. Mit diesem Ausdruck bezeichnet man eine krankhafte Geisteszustand, die durch untre soziale Versicherung hervorgerufen wurde. Sie kennzeichnet sich durch die Sucht, eine Rente zu erlangen, für die die entscheidenden Stellen ein Bedürfnis nicht anerkennen. Bei dem Fleiß, den insbesondere die Berufsgeoffenen auf die Herabbildung der Unfallrenten verwenden, und der Unterstützung, die sie hierbei seitens gefälliger Bertragsärzte finden, ist es erklärlich, daß letztere häufig eine Rentenpsychose feststellen, wo objektive Beurteiler zu ganz andern Resultaten gelangen.

Das warme Interesse, das sich gegenwärtig den Kriegsinvaliden zuwendet, läßt es zweckmäßig erscheinen, auch auf die schweren Mängel hinzuweisen, unter denen die Invaliden der Arbeit leiden. Die Beschäftigung liegt nahe, daß die an sich sehr berechtigten Forderungen für die Kriegsinvaliden zu einer Benachteiligung der Unfallverletzten führt. Es wäre ein recht unerwünschter Zustand, wenn etwa diese bei der Wiedereingliederung in den Betrieben zugunsten der Kriegsverletzten zurückgesetzt würden. Die beste Lösung wäre eine möglichst gleichmäßige Behandlung beider Kategorien von Verletzten. Bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge kümmert sich kein Mensch um den Unfallverletzten, der durch die Art seiner Verletzung für seinen seitherigen Beruf unbrauchbar geworden ist. Die Berufsausbildung der Kriegsverletzten weist den Weg, auf dem man auch den Unfallverletzten zu Hilfe kommen kann.

Bei der Rentensfestsetzung wird, in der Regel rein schematisch, der Grad der Erwerbsbeschränkung festgesetzt, ohne daß darauf Rücksicht genommen wird, ob der Verletzte in seinem Beruf, der ihm verbliebenen Erwerbsfähigkeit nützlich zu verwenden. In der Fürsorge für Kriegsverletzte gilt jetzt der Grundsatz, daß der Invaliden, der für seinen seitherigen Beruf unbrauchbar geworden ist, möglichst instand gesetzt wird, einen andern Beruf zu ergreifen. Der gleiche Grundsatz könnte auch für die Unfallverletzten Platz greifen, denen man die für die Kriegsinvaliden geschaffenen Einrichtungen nutzbar machen könnte.

Ungerecht und inhuman ist die Bestimmung in der Unfallgesetzgebung, daß der Verletzte nur zu zwei Dritteln der durch den Unfall erlittenen Einbuße an Erwerbsfähigkeit in Gestalt der Rente entschädigt wird. Nach dem Willen des Gesetzgebers soll die soziale Lage des Unglücklichen, der in seinem Beruf einen Unfall erlitten hat, durchaus herabgedrückt werden. Das Gesetz sagt zwar nichts davon, daß der Verdienst einen Einfluß auf die Höhe der Rente haben soll, sobald jedoch der Lohn des Verletzten steigt, oft genug auch, ohne daß eine Steigerung eingetreten ist, wird aber die Rente herabgesetzt. Sinkt jedoch der Lohn, oder ist der Verletzte überhaupt nicht in der Lage, einen Erwerb zu finden, dann läßt dies die Berufsgeoffenen schicklich fikt. Da ist der vom Vertrauensarzt festgestellte Grad der Erwerbsfähigkeit maßgebend. Wie aufzusehen wirken die unaufrichtigen Verusche, die Rente herabzubilden und die häufig dafür gegebene Begründung, daß sich der Verletzte an seinem Zustand gewöhnt habe. Diese ewige Beurteilung der Opfer der Unfallversicherung ist die Wurzel, auf der die „Rentenpsychose“ wächst.

Das wenig beneidenswerte Los der Unfallverletzten blüht nach dem gegenwärtigen Stande der Gesetzgebung auch den Kriegsverletzten. Das ist ein Grund dafür, daß diejenigen, die es gut mit ihnen meinen, die Kriegsverletzten von der Fürsorge der Berufsgeoffenen, der Träger der reichsgesetzlichen Unfallversicherung, verschont wissen wollen. Trotz oder auch wegen der großen Erfahrungen, die die Berufsgeoffenen auf diesem Gebiete haben. Die Entwicklung, welche die Unfallversicherung genommen, sollte der Fürsorge für die Kriegsinvaliden als Warnung dienen. So wertvoll die seitherigen Anstrengungen auf diesem Gebiet auch sind, so darf darüber nicht vergessen werden, daß eine Verbesserung der Gesetze notwendig ist, welche die Zukunft der Kriegsinvaliden sichert. Unter den gleichen sozialen Gesichtspunkten, nach denen das Manuskriptvertragsgesetz reformiert werden muß, muß auch eine Reform der Unfallversicherungsgesetzgebung vorgenommen werden.

### Eine deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschaftsgemeinschaft.

II.

Zunächst bietet die Frage, wie sich die Landwirtschaft der drei beteiligten Länder zu einer Wirtschaftsgemeinschaft stellen wird, ein großes Interesse. Es kommt wesentlich darauf an, ob sie davon Vorteile oder Nachteile haben wird. Ein engerer Zusammenhalt wird auf Ackerbau und Viehzucht ansehnlich wirken; aber ob die Produzenten der einzelnen Länder dabei gut oder schlecht abzufinden werden, darüber läßt sich heute noch kein bestimmtes Urteil fällen. Darum stehen auch die agrarischen Kreise diesem Plan noch verhältnismäßig gleichgültig gegenüber. Anders verhält es sich mit der Stellungnahme der Industrie. Wie die Statistik lehrt, hat sich die Einfuhr deutscher Industrieerzeugnisse nach Österreich-Ungarn in den letzten Jahrzehnten stark gehoben, während umgekehrt die österreichisch-ungarische Industrie nicht imstande gewesen ist, ihre Ausfuhr nach Deutschland wesentlich zu steigern. Dies hat wohl seine Ursache vorwiegend darin, daß Österreich-Ungarn verhältnismäßig arm ist an Kohlen, Erzen und Salzen und daß auch die Transportwege nicht sonderlich günstig sind. Dadurch verteuern sich die Herstellungskosten der Industrieerzeugnisse. Allerdings vermag die Devisenmonarchie über manche Naturkräfte, die Deutschland nicht so reichlich zur Verfügung stehen. Wenn diese trotzdem nicht so intensiv ausgenutzt werden, wie es wohl wünschenswert wäre, so liegt das zum größten Teil in der bürokratischen Bevormundung der Industrie und in dem dort herrschenden Schlendrian. Ein

gewisser konservativer Zug, der aus der deutschen Industrie längst ausgemerzt worden ist, hat sich bei unsern Bundesgenossen noch erhalten.

Gerade in dieser Beziehung bietet die wirtschaftliche Annäherung neue Entwicklungsmöglichkeiten. Vor allen Dingen wird sich eine größere Arbeitsteilung und eine zweckmäßigere Spezialisierung durchsetzen, wie überhaupt durch die Wirtschaftsgemeinschaft mit Deutschland ein frischerer Zug in die österreichische Industrie kommen wird. Die Hindernisse, die noch zu überwinden sind, liegen weniger in der gegenwärtigen Politik als in der inneren Verwaltung: sie werden sicherlich einem Druck von außen eher weichen, als einem Drängen von innen. Der wirtschaftliche Wettbewerb ist eben ein gutes Mittel, um überlebte Industriezweige dem Gedanten der Wirtschaftsgemeinschaft gegenüber im allgemeinen glänzend und es werden daran hochgespannte Erwartungen geknüpft. Es läßt sich heute noch nicht feststellen, wieviel von dieser Begeisterung auf der durch den Krieg erzeugten seelischen Hochspannung beruht und was der faktischen Berechnung und der nüchternen Ermägung sein Entstehen verdankt.

Die Arbeiterkraft der drei Länder, die hoch offenbar an der Frage im höchsten Maße interessiert ist, steht der geplanten Wirtschaftsgemeinschaft einstweilen noch ziemlich gleichgültig gegenüber. Es hat allerdings vor einiger Zeit eine Zusammenkunft der maßgebenden Organisationen in Berlin stattgefunden, in der diese Frage eingehend erörtert worden ist. Da inzwischen das Stenogramm dieser Verhandlungen erschienen ist, wird auch die Diskussion in den Zeitungen und Berammlungen wohl in Fluß kommen. Voraussetzlich werden die reichsdeutschen Arbeiter, soweit sie gewerkschaftlich und politisch organisiert sind, sich einer Wirtschaftsgemeinschaft gegenüber nicht absehnend verhalten, da hierzu keine Veranlassung vorliegt. Bei den engen Beziehungen, die zwischen den Arbeitern und den Arbeiterorganisationen der beteiligten Länder bestehen, erscheint eine wirtschaftliche Annäherung durchaus wünschenswert. Darum werden es voraussichtlich die entwicklungsfreudigeren Arbeiterkreise Deutschlands an einer Unterstützung und Förderung dieses Planes nicht fehlen lassen. Auch als Konsumenten haben die Arbeiter ein lebhaftes Interesse an dieser Frage. In dem erwähnten Sammelwerk befindet sich ein Artikel, in dem der Verfasser das Problem vom Standpunkt der deutschen Konsumenten aus erörtert. Er weist einleitend darauf hin, daß man in Deutschland seit Jahrzehnten den Hintergrund gedrängt habe. Erst seit England mit dem Ausnahmegesetz hervorgetreten sei, habe man sich darauf besonnen, daß das Interesse der Konsumenten an einer ausreichenden Lebensmittelversorgung im Mittelpunkt unserer Wirtschaftspolitik stehen müsse. Da erscheint es dem erwähnten Autor, ob man nicht bereits während des Krieges im Interesse einer besseren Volksernährung ein zollpolitisches Zusammengehen mit unsern militärischen Bundesgenossen anbahnen solle.

Was nun den Standpunkt des Konsumenten im allgemeinen anbetrifft, so kommt es zunächst wesentlich darauf an, wie groß bisher der Anteil Österreich-Ungarns an der Lebensmittelversorgung Deutschlands gewesen ist. Und da ergibt sich die überraschende Tatsache, daß dieser Anteil bis heute nur verhältnismäßig gering gewesen ist. Für die wichtigsten Verbrauchsgüter: Brot, Getreide und Futtermittel kommen Österreich-Ungarn nur wenig in Betracht. Von Bedeutung ist nur die Einfuhr von Malz und Malzgerste sowie von Dahlen, Geflügel und Eiern. Dies schließt aber durchaus die Möglichkeit nicht aus, daß späterhin die österreichisch-ungarische Landwirtschaft eine viel bedeutendere Rolle in der Lebensmittelversorgung Deutschlands spielen könnte. Man darf wohl mit Sicherheit annehmen, daß eine Ermäßigung des deutschen Getreidezolls einen gewaltigen Anreiz bilden wird zu einer viel intensiveren Bewandung der Ackerflächen. Ob hiervon der deutsche Konsument wirklich Vorteile haben wird, erscheint zweifelhaft, da es sich heute noch nicht übersehen läßt, ob Österreich-Ungarn in der Lage sein wird, uns das Brotgetreide billiger zu liefern und dadurch auf den Preis des einheimischen Getreides zu drücken. Es erscheint die Gefahr nicht ausgeschlossen, daß der deutsche Konsument gezwungen sein wird, die hohen Preise zu bezahlen, die die ungarischen Getreidebauern und Viehzüchter fordern. Am besten wäre nach Meinung des Verfassers den deutschen Konsumenten, wenn unter Ermäßigung der bisherigen Zollsätze eine Zwischenlinie errichtet würde, die auf eine gegenseitige Verzögerung hinausläuft. Besonders handle es sich hier darum, daß Malzgerste, Futtermittel, Schlachtwieh, Geflügel und Eier entweder zollfrei oder zu niedrigen Zollsätzen eingeführt werden. Ob diese Auffassung des Verfassers in allen Einzelheiten richtig ist, läßt sich heute noch nicht entscheiden. Erst die Praxis wird hier ein Urteil fällen können. Wünschenswert wäre es, wenn diese Frage auch einmal vom Standpunkt der österreichisch-ungarischen Konsumenten aus behandelt würde.

Was nun die Form anbetrifft, in der die geplante Wirtschaftsgemeinschaft sich entwickeln soll, so scheint eine Zollgemeinschaft, in der alle Zölle wegfallen, einstweilen noch aussichtslos. Die wirtschaftlichen und finanziellen Interessen der drei Länder sind noch zu sehr entgegengesetzt, als daß sich eine solche Einheit bilden herstellten ließe. Eine zweite Form ist ein Zollbund mit einer Zwischenlinie im Innern und mit einer gemeinsamen Zollgrenze nach außen. Unter dieser Form wären die drei Länder in der Lage, durch gemeinsamen Abschluß von Handelsverträgen mit dem Ausland ihre gemeinsamen Interessen zu wahren und gleichzeitig durch niedrige Zölle dem Wohl des einzelnen Landes, des einzelnen Wirtschaftsgebiets und des einzelnen Arbeitsgebiets gerecht zu werden. Auch ließe sich vielleicht durch Tarifverträge auf Grundlage der Weltzollgemeinschaft die Wirtschaftsgemeinschaft herstellen. Welche Form aber immer gewählt werden mag, so kommt es doch im wesentlichen darauf an, daß unter Forderung der Lebensbedingungen der beteiligten Staaten ein Weg gefunden wird, um die beiderseitigen Interessen der beteiligten Länder zu wahren. Der richtige Weg kann nicht vom reinen Egoismus aus vorgeschrieben werden, sondern er wird und muß das Ergebnis taugender Beratungen sein. Es ist zu hoffen, daß es gelingen wird, das Richtige, das auch von Dauer ist, zu treffen. Nur uns kommt es wesentlich darauf an, daß das Interesse der deutschen Arbeiter nach allen Richtungen hin erwahrt wird.

## Zu den Steuerungszulagen.

Unsere Kollegen haben sich durch den Beschluß des Steuerverbänders, daß Steuerungszulagen nicht gewährt werden sollen, nicht einschüchtern lassen. Man muß sich wundern, daß die Reichsindustriellen überhaupt den Mut hatten, einen solchen Beschluß zu fassen. Die uns aus den Zählstellen mitgeteilt wird, ist die Entscheidung über die Beschlüsse im Deutschen Steuerverbande eine große. Mittlerweile sind die Lebensmittelpreise immer noch gestiegen, eine weitere Erhöhung wird uns noch bevorstehen. Und so wollen die Herren Unternehmer in der Steuerverbande beschließen, daß es Steuerungszulagen nicht geben soll? Nun, nach ihrem Beschluß ist die nachwirkende Wirkung der Beschlüsse im Deutschen Steuerverbande übergegangen, denn aus verschiedenen Orten wird uns berichtet, daß die Verhandlungen mit den Unternehmern wegen der Gewährung von Zulagen bereits im vollen Zuge sind. Auch in allen Zählstellen haben unsere Kollegen dementsprechende Schritte unternommen und nach längeren Verhandlungen wurden doch positive Zusagen gemacht. Wenn es noch nicht überall zu den schriftlichen Abmachungen gekommen ist, so ist das deshalb, weil sich die Herren auf den Berliner Beschluß stützen. Aber die Verhandlungen zeigen, daß die Unternehmer den Beschluß selbst als unpraktisch hinstellen, aber sie mühten sich vorläufig daran halten, bis wir vorher eine Entscheidung ergiebt ist. Bei diesen Verhandlungen ist den Unternehmern in mancher Hinsicht der Wahrheit gesagt worden, denn vielen war der Berliner Beschluß ein geschickter Vorwand, um sich von der Zahlung von Zulagen überhaupt drücken zu können. Aber wir werden nicht ruhen, um den Beschluß rückgängig zu machen.

In Kirchensleben haben sich die Firmen Frant. Willemer, Bauer und Esch bereit erklärt, 3 Prozent auf alle Bauarbeiten zu gewähren. Den Kollegen erscheint dieser Prozentsatz als zu niedrig, weitere Verhandlungen finden statt. Wie schwierig gestaltet sich die Verhandlung mit den Herren, die dem Verband deutscher Grenztaxen angehören. Wir können heute noch keine weiteren Mitteilungen machen, aber feststellen wollen wir, daß die Schleifereibesitzer den Verkaufspreis ihrer Produkte um etwa 25 Prozent erhöht haben. Somit ist die nötige Zusammenfassung für die Kollegen selbst ergibt. Wir erwarten, daß sich die Herren Schleifereibesitzer die drückende Lage der Steinmetzen und Schleifer eingehend vor Augen führen. Nach unserer Kenntnis sind dieselben sehr wohl in der Lage, ein Entgegenkommen zu zeigen.

Die Arbeiter können einfach mit den bisher bezahlten Löhnen nicht weiter auskommen, das mühten auch die Unternehmer zur Genüge wissen. Wenn der Entwand kommt, ja diese Erhöhungen kann die Steinindustrie nicht tragen, so sagen wir, daß es Pflicht der Unternehmer ist, Sorge dafür zu tragen, daß sie für ihre Erzeugnisse höhere Preise bekommen. Aber diese Preisermittlung kann doch nicht Aufgabe der Arbeiterorganisation sein. Die Steinindustriellen sagen, sie hätten schon höhere Löhne für den Anlauf von Kohlen, Erdöl etc. Gut, das wollen wir nicht bestreiten, aber wenn der Arbeiter für die Lebensmittel etwa einen 100prozentigen Zuschlag aufwenden muß, warum soll dann ihm eine Steuerungszulage abgesprochen werden? Mit dem Argument: die Betriebe rentieren nicht, können sich die Kollegen in der jetzigen Zeit erst gar nicht abfertigen lassen. Ausdrücklich betonen wir, daß es Sache der Unternehmer selbst sein muß, die Preisermittlung im Auge zu behalten. Und wir wissen bestimmt, daß eine Staatsverwaltung bereits anscheinlich Zulagen bewilligt, soweit die Vergütung von Pflichtenleistung in Betracht kommt. Wir können den Kollegen nur raten, daß in allen Zählstellen die Gewährung einer Steuerungszulage angestrebt wird.

## Die Spaltung vollzogen.

Die Gegenläufe in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sind so groß geworden, daß sich am 1. März im Plenum, durch das Austritt des Genossen Haase, die Spaltung der Fraktion vollzog. Unsere Kollegen sind über die Gründe, welche zur Spaltung führten, eingehend aus den Mitteilungen durch die Tagespresse bekannt: wir brauchen dieselben hier nicht zu wiederholen. Was das innere Organisationsleben der Partei seit Kriegsausbruch verfolgte, welches durch die Wehrlosigkeit der Minderheit sehr stark beeinflusst war, mußte zu dem Schluß kommen, daß eine Spaltung in der Reichstagsfraktion eintreten würde. Und diese ist jetzt Tatsache geworden. Für die Sozialdemokratie bedeutet dieser Vorgang einen schweren Schlag. Vertreter der Minderheit haben in anonymen Zirkularen seit Monaten solche Angriffe gegen die Mehrheitsvertreter gerichtet, daß man sich fragen mußte, ob die Verfasser derselben nicht bei dem berathigten Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie in die Schule gegangen seien. Und jetzt, nachdem Genosse Haase mit seinen Freunden aus der Fraktion ausgeschieden ist, wird der Kampf leider in den Parteiorganisationen und der Presse weitergeführt werden. Und wenn wir uns nicht täuschen, werden diese Auseinandersetzungen Formen annehmen, die als parteigegenständig kaum anzuerkennen sind. Die Spaltung wird weitere Folgen nach sich ziehen, können wir bloß die Differenzen, die in der letzten preussischen sozialdemokratischen Landtagsfraktion wahrnehmbar sind. In den Wahlkreisorganisationen wird es Anhänger der beiden Richtungen geben, und die entsprechenden Differenzen werden sich bei jeder Gelegenheit noch verschärfen. So wie wir mit einem Freund dem Frieden dienen zu können, die Internationale schwerer ihnen im letzten Licht der Welt über die Parteien aber haben sie die gegnerischen Interessen nicht getrennt.

und dabei großes Unheil in die deutsche Parteiorganisationen getragen.

Der Vorstand der Partei, die zu dienen in die mit großer Mühe und beispielhafter Fähigkeit in der Kleinarbeit aufgeführten Parteiorganisationen haben sie ungeheure Verdienste geleistet.

Die sozialdemokratischen Zirkulare innerhalb der deutschen Sozialdemokratie sind schließlich in die Hände gegangen. Welche Folgen das für die Gewerkschaften haben kann, braucht uns nicht zu kümmern. — Der Vorteil in dieser Hinsicht werden die Gewerkschaften und geben Werkzeuge in die Hände der Gewerkschaften, und soweit die bürgerlichen Parteien in Frage kommen, werden auch diese davon einen großen Nutzen ziehen können.

Als vor einigen Jahren die Genossen Ebert und Scheidemann in den Parteivorstand berufen wurden, war man sich in der Parteipresse völlig einig, äußerst tüchtige Männer an die richtige Stelle gesetzt zu haben. Und heute spielen die Minderheitsvertreter Giff und Galle auf diese Genossen, welche direkt aus dem Arbeiterpöbel hervorgegangen sind. Im Interesse der allgemeinen Arbeiterklasse muß es tief bedauert werden, daß Genosse Haase im Reichstagsplenum zu solch unliebhaften Szenen Veranlassung gab. Wenn die Absonderung von der Fraktion auch zur Zeit noch nicht eine Parteispaltung bedeutet, so scheint eine solche kaum zu umgehen zu sein. Die Minderheit geht eben aus Ganze; Liebknecht hat ja wiederholt erklärt, Fraktionsbeschlüsse seien ihm völlig gleichgültig. Vielleicht sagen später dann auch die Genossen (mit meinen die Nichtparlamentarier), daß was gehen uns die Beschlüsse der Organisation an. — Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat es an Friedensinterpellationen wahrhaftig nicht fehlen lassen. Die Auslandsgenossen haben im Parlament eine Gegenliebe nicht befunden. Wir sagen: leider. Und soweit aus den allgemeinen Veröffentlichungen durch die Parteipresse bekannt wurde, hat sich die französische und belgische Parteileitung nicht herbeigelassen, eine offizielle Sitzung der Internationalen tagen zu lassen.

Die Spaltung innerhalb der Reichstagsfraktion bedeutet den schwärzesten Bloß in der bisherigen Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Tun wir alles, um diesen unerwünschten Streit aus den Gewerkschaften fernzuhalten. Wir könnten nicht zulassen, daß versucht wird, etwa die Differenzen innerhalb des Verbandes mit austragen zu lassen. Die Aufgaben für die allgemeine Arbeiterbewegung sind nach dem Kriege ungemein groß. Anstatt einig und geschlossen handeln zu können, finden wir nun die größte Zersplitterung in den Parteiorganisationen vor. Es ist tief bedauerlich, daß es soweit kommen konnte.

Im Parteiausschuß hat am Montag, den 27. März 1918, eine Aussprache über die gegenwärtige Situation der Partei stattgefunden. Am Schluß der Sitzung hat der Parteiausschuß mit allen gegen sechs Stimmen dem Aufruf: An die Partei, der gleichseitig veröffentlicht wird, zugestimmt:

Der Parteiausschuß hat folgende Anträge angenommen: In dem von einer Sondergruppe von Fraktionsmitgliedern gemein beschlossenen Vorgehen des Genossen Haase in der letzten Sitzung des Reichstags und in der Gründung einer besonderen Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Abgeordneter erblickt der Parteiausschuß eine vorbedachte Untergrabung unserer gemeinsamen politischen Tätigkeit für die deutsche Arbeiterklasse in schwerer Zeit. Damit wird das Vertrauen der Massen in unsere Partei aufs schwerste erschüttert.

Die Sprengung der Einheit unserer Bewegung ist auch ein schwerer Schlag gegen die Interessen des ganzen deutschen Volkes, dessen Friedenswillen nur durch die folgerichtige Anwendung der bisher von der Partei gewählten Mittel erfüllt werden kann.

Der Parteiausschuß erklärt, daß die Gründung einer zweiten sozialdemokratischen Reichstagsfraktion unvereinbar ist mit den Grundgedanken des Organisationsstatuts, das nur eine sozialdemokratische Reichstagsfraktion kennt und anerkennt. Der Parteiausschuß erachtet es als eine unabweisbare Pflicht des Parteivorstandes, die sich aus dieser Sachlage ergebenden Folgerungen zu ziehen.

Gleichzeitig verurteilt der Parteiausschuß, daß einige Genossen zu den inneren Parteifragen in bürgerlichen Mütterchen Stellung nehmen und bei Erörterung von Zukunftfragen jetzt Anstöße propagieren, die Verwirrung in die Reihen der Massen bringen.

Der Parteiausschuß empfiehlt, daß der Parteivorstand in seiner jetzigen Zusammensetzung die Geschäfte der Gesamtpartei bis zum nächsten Parteitag weiterführt. (Mit 28 gegen 7 Stimmen angenommen.)

Die Tatsachen, die dem Parteiausschuß bekannt geworden sind, zeigen unzweifelhaft, daß ein Teil der Parteimitglieder in führender Stellung sich eigene selbstgeschaffene Organisationen geschaffen hat, die eigene Beiträge erheben und eigenes Organisationsleben führen mit dem Ziel, die Gesamtpartei zu bekämpfen.

In Übereinstimmung mit den früher gefassten Beschlüssen erklärt der Parteiausschuß:

In der deutschen Sozialdemokratie gibt es nur eine politische Organisation. Sonderorganisationen müssen zur Parteierlösung führen. Wer für solche Sonderorganisationen wirkt oder in ihnen Mitglied wird, stellt sich außerhalb der Organisation der Gesamtpartei. (Mit 30 gegen 6 Stimmen angenommen.)

Da die Abhaltung eines Parteitag zur Erledigung der schwebenden Streitfragen während des Krieges unmöglich erscheint, erachtet der Parteiausschuß es als eine Aufgabe des Parteivorstandes, gegenüber den Sonderbestrebungen alle geeigneten Maßnahmen in Anwendung zu bringen, um die Gleichheit der Organisation zu wahren. (Mit 28 gegen 6 Stimmen angenommen.)

Der Vorstand wird ersucht, eine Darstellung der Ursachen und der Entwicklung, die zur Spaltung der Fraktion geführt haben, schnellst herauszugeben, damit die Parteimitglieder im Reich Gelegenheit haben, sich in einmündiger Weise zu informieren. (Gegen 3 Stimmen angenommen.)

## Korrespondenzen.

Leipzig. In der am 23. März stattgefundenen Monatsversammlung erlitten die Anwesenden zunächst das Ableben der verstorbenen Kollegen Alfred Zehne und Paul Kluge. Unter Gewerkschaftlichen teilte der Vorsitzende mit, daß der Verband der Steinindustriellen Deutschlands die geforderte Steuerungszulage von 10 Prozent auf den bestehenden Tarif ablehnte. Hierauf wurde einstimmig beschlossen, in Anbetracht der bestehenden Leistung an den geforderten 10 Prozent festzusetzen. Der Vorstand wurde beauftragt, diesen Beschluß nochmals der Leipziger Steinmetzenversammlung mitzuteilen und um baldigen Bescheid zu ersuchen. Der Beginn der geforderten Zulage soll am 27. März 1918 erfolgen. Gerügt wurde alsdann noch das Verhalten der Firma H. Frenzel (Grobsteingehäuse). Sie beschäftigt zwei Leute, die die Arbeit nur als Nebenbeschäftigung betreiben. Die Firma Herrmann u. Werner (Grobsteingehäuse) beschäftigt einen unorganisierten Steinmetz von a. s. w. etc., wiewohl ihr genügend arbeitslose Leipziger Kollegen zur Verfügung standen, die durch dieses Verhalten gezwungen wurden, heimliche Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

## Rundschau.

Das Eisenkreuz zweiter Klasse erhielten die Kollegen Unteroffizier Rich. Spantung und Pianier Wilh. Dürr in Winterhausen a. M.

Frankfurter Kriegsgefangene werden auch in den Steinbrüchen in Sandis-Werke beschäftigt. Dieselben werden zum Abräumen harter und Steinplatten verwendet, auch befinden sich unter den Gefangenen einige Steinmetzen. Schon in Friedenszeiten waren in diesen Steinbrüchen viele Ausländer beschäftigt.

## Quittung.

Vom 2. bis 25. März gingen bei der Hauptkasse folgende Gelder ein: Leipzig, Ins. 1.90. Lorenzstr. 15, Ins. 2.30. Kronst. Ab 7. — Reudersberg 4.60. Dürr-Amsdorf 13.70. Peppenheim 104. — Neu-

Leipzig 20.28. Eisenberg 5. — Beerwaldermühle, Ins. 5.60. Meissen, Ins. 2. — Polen 4.90. Sebnitz 39. — Kronach 7.80. Arnstadt 21. — Neuenhardsdorf 143.35. Landsberg 15. — Galle 90. — Gohl 1.80. Bischofswerda 9.60. Königberg, Ins. 2.80. Wühl, Ins. 7.20. Königswalde 4.80. Göthen 18. — Mendelsburg 2.50. Demitz 2. — Coburg, Ins. 2. — Rostock 4.85. Leipzig 2.40. Pogerswerda, Ins. 4.40. Lommahsch, Ins. 2.40. Pantow, Ins. 2. — Glatz 2.50. Schlei 4.80. Magdeburg 200. — Seucha 260. — Nienburg 7. — Göthen 4.90. Strauß 7. — Osabrück, Ins. 2.40. Meissen, Ins. 2. — Gensternberg 7.40. Leipzig — 40. Hugo Walthert, a. St. Kaffierer.

## Bestimmungen des Vorstandes.

Am Sonnabend, dem 1. April, ist Schluß des ersten Quartals, an diesem Sonnabend ist die 14. Beitragsmarke fällig. Die Mitglieder werden ersucht, ihre Beiträge umgehend in Ordnung zu bringen, damit die Kaffierer nicht mit der Ausgabe kommen, wegen vielen Restanten kann ich die Abrechnung noch nicht einstellen.

Bei Einlieferung der Quartalsabrechnungen ist zu beachten, daß Briefe über 20 Gramm 20 Pf. Porto kosten.

## Adressen-Änderungen.

Jannowitz, Vorj. u. Kass.: Gustav Leiser, Pfischbach im Riesengebirge (Kreis Girkberg, Schl.).  
Peppenheim. Vorj.: Wilh. Marxer, Bahnhofstraße 8.  
Kass.: Fridolin Wossmüller, Wilhelmstraße 43, Eingang durch das Posttor.

## Verammlungskalender.

Melissen II. Sonntag, den 9. April, nachmittags 3 Uhr, Quartalsversammlung in der Karpfenkente.

**Anzeigen**  
**Granitsteinmetzen**  
auf grauem schlesischen und schwarzem schwedischen Granit stellt sofort ein  
**B. Merkel, Liegnitz, Granitwerk.**

**Suche einen Werkführer**  
für Schleifereien und Säuen, sowie  
**zwei Steinmetzen**  
für Sandstein. Stundenlohn 1 Mark.  
**Max Redmann, Berlin-Pankow, Schulzestraße 21.**

**Steinmetzen**  
für Umbau Schloss Hartenfels, Torgau, gesucht.  
Melbungen beim Polier.

**Granitsteinmetzen und Handschleifer**  
stellt für dauernde Beschäftigung bei hohem Akkordlohn sofort ein  
**Meissen-Zschellauer Granitwerk (Georg Wolf)**  
Meissen-Zschella 1. Sa.

**Einige solide Steinmetzen**  
welche in profilierten gotischen Arbeiten, in Ruchstalt und hartem Sandstein tüchtigsten leisten, können andauernde und gutbezahlte Beschäftigung finden. Vorerkundungen sind an die Verwaltung der Bauhütte St. Nikolaus in Ueberlingen am Bodensee zu richten.

**Im Felde gefallen**  
sind nachstehende Kollegen:  
**Adolf Kümmelein**, 28 Jahre alt, aus der Zahlstelle Pöschelbach.  
**Ernst Stefan**, 41 Jahre alt, aus der Zahlstelle Pirna.  
**Paul Kunz**, 34 Jahre alt, aus der Zahlstelle Leipzig I (im Lazarett gestorben).  
**Heinrich Reichert**, 28 Jahre alt, aus der Zahlstelle Kärnbach.  
**Philipp Koidel**, 48 Jahre alt, aus der Zahlstelle Mainz.  
**Wilhelm Kupke**, 36 Jahre alt, aus der Zahlstelle Strehlen (Schlesien).  
**Emil Lotzmann**, 20 Jahre alt, aus der Zahlstelle Königsdorf.  
**Richard Schiller**, 40 Jahre alt, aus der Zahlstelle Odenburg.  
**Heinrich Wüstner**, 33 Jahre alt, aus der Zahlstelle Schopfloch.  
Ehre ihrem Andenken!  
(Bitte erlauben die Verrentenliste, daß auch bei der Meldung über die im Felde Gefallenen das Todesangabeformular ausgefüllt wird.)

**Verstorben.**  
(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen im Gesamten Blatt eingeleitet wurden.)  
In Berlin am 14. März der Schriftführer **Paul Krumrei**, 40 Jahre alt, an Lungenschwindsucht.  
In Pöschelbach am 18. März der Sandsteinmetz **Joseph Ulrich I**, 43 Jahre alt, an Lungentuberkulose.  
In Gommern am 10. März der Brecher **Anton Schulz**, 64 Jahre alt, an Lungentuberkulose. — Ebenfalls am 12. März der Brecher **Heinrich Schulze**, 65 Jahre alt, an Magenleiden.  
In Pirna (Dorf Wehlen) am 12. März der Steinbrecher **Joseph Mateju**, 41 Jahre alt, an Lungentuberkulose.  
In Straßburg am 17. März der Steinmetz **Anton Zepp**, 56 Jahre alt, an Unfallsfolgen.  
In Strehlen (Schlesien) am 22. März der Granitbrecher **Fritz Böer**, 59 Jahre alt, an Lungentuberkulose.  
In Biesla bei Ramenz am 17. März der Granitsteinmetz **Max Schneider**, 48 Jahre alt, tödlich verunglückt.  
In Siesja (Zahlstelle Königshain) am 24. Februar der Granitsteinmetz **Biasius Hermann**, 55 Jahre alt, an Herzkrankheit.  
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: Paul Starke, Leipzig.  
Verlag von Paul Starke in Leipzig.  
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.